

[14-5.doc]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Frau Vorsteherin,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der amtierende Oberbürgermeister genießt kein Vertrauen mehr und kann sein Amt nicht mehr angemessen ausüben. So simpel die Begründung für das Abwahlbegehren, so dramatisch für Frankfurt. Ich möchte die zutreffenden Darstellungen von Frau Zapf-Rodriguez von eben nicht im Einzelnen wiederholen, aber noch einmal den Blick darauf lenken, dass der Weg zu diesem Abwahlverfahren und die erheblichen Gründe für uns heute als Stadtverordnete, die Abwahl des Oberbürgermeisters voranzutreiben, sich schon etwas länger gebildet haben.

Die Anklage gegen ihn wegen Korruption im Zuge des AWO-Skandals, sein Sexismus über die Sprechanlage im Flugzeug, die Szene mit dem Pokal der Eintracht, das kennen Sie alles. Im April war die CDU mit ihrer Rücktrittsforderung hier im Parlament übrigens noch allein. Eine Anklage wegen Korruption war für viele erstaunlicherweise noch kein Grund, die Amtstauglichkeit von Peter Feldmann infrage zu stellen. Erst nach und nach haben immer mehr verstanden, was die peinlichen Prozesstage, und zwar für unsere Stadt Frankfurt, im Oktober und November bedeuten werden, wenn der amtierende Oberbürgermeister dort auf der Anklagebank im Gerichtssaal sitzt. Nun hat sich die Meinung über weite Teile des politischen Spektrums geändert, auch die Koalition ist Ende Mai zur Einsicht gelangt. Ziemlich genau vor einem Jahr haben wir Ihnen übrigens an dieser Stelle gesagt, es fehlt in Ihrem voluminösen Koalitionsvertrag eine Klausel zum Oberbürgermeister und seinen AWO-Verstrickungen.

(Zurufe)

Aber sei's drum. Einsicht zeigt nur derjenige nicht, um den es sich hier wieder einmal dreht. Den sofortigen selbstbestimmten Rücktritt, den viele Menschen für wichtig und überfällig halten, lehnt Peter Feldmann kategorisch ab. Deshalb muss das Stadtparlament jetzt den Weg zur Abwahl als zweitbeste Lösung beschreiten. Durch den Abwahlbeschluss von heute hat er die Gelegenheit, durch die Annahme dieser Entscheidung, in den nächsten Tagen das ganze Drama noch halbwegs gesichtswahrend zu beenden. Tun Sie das, Herr Feldmann! So können Sie der Frankfurter Bevölkerung den Bürgerentscheid ersparen, einen unproduktiven Abwahlwahlkampf der Parteien vermeiden und dem Steuerzahler übrigens auch 1,5 Millionen Euro Kosten ersparen. Diese Möglichkeit haben Sie in den nächsten Tagen. Nutzen Sie sie, Herr Feldmann!

(Beifall)

Wenn es dennoch einen Bürgerentscheid braucht, dann ist das Ihr Bürgerentscheid, Herr Feldmann, und Sie haben diese Kosten auch zu verantworten. Für den Fall, dass der Oberbürgermeister trotzdem nicht auf den Bürgerentscheid verzichtet, legen wir heute mit dem Beschluss das Datum auf den 6. November fest. Angst vor dem Bürgerentscheid haben hier, glaube ich, nur sehr wenige und das ist auch nicht angebracht. Die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt haben in den letzten Monaten und Wochen sehr deutlich zu verstehen gegeben, bei den vielen Gelegenheiten, sich mit Ihnen auszutauschen, wie sie die Sache sehen. Das darf für uns am Ende auch kein Beweggrund sein, auf diesem Weg voranzugehen, wenn wir eine Abwahl für richtig halten, und das tut ein enormer Teil der Stadtverordneten in diesem Haus, weil es die einzige Möglichkeit für uns ist.

Als CDU - das sage ich ganz offen - hätten wir den rechtlich frühesten Termin, den 16. Oktober, für richtig gehalten und befürwortet. Zwischen unserer Entscheidung heute und der Bestätigung durch die Bürgerinnen und Bürger sollte möglichst wenig Zeit liegen. Leider sah sich die Koalition nicht dazu in der Lage, diesen Termin mit der Verwaltung zu ermöglichen. Städte wie Hanau waren schon vor einigen Jahren in der Lage, so etwas in drei Monaten zu organisieren, aber sei's drum.

(Zurufe)

Werfen wir noch einmal einen Blick auf die letzten Tage. Heute wurden über 10.000 Unterschriften zu einer Petition für den Rückzug von Peter Feldmann an die Stadtverordnetenvorsteherin übergeben. Die Initiative dazu ging von der Frankfurter Jungen Union aus, aber die eindrucksvolle Zahl an Unterschriften macht deutlich, dass die Enttäuschung und Verärgerung über Peter Feldmann durch die breite Bevölkerung geht, egal, welche politische Überzeugung man hat. In den letzten Tagen wurden wir dann - Frau Zapf-Rodriguez hat es auch schon beschrieben - unfreiwillig und erneut Zeuge eines Schauspielles, das unserer Stadt nicht würdig ist. Die fragwürdigen Erklärungen und Pressekonferenzen des Oberbürgermeisters haben auch dem Letzten klargemacht, warum er an der Spitze unserer Stadt nicht mehr tragbar ist. Die Schach- und Winkelzüge, mit denen er einen zeitnahen Abgang zu verhindern sucht, machen viele von uns sprachlos. Begriffe wie „Hütchenspieler“ und „Zocker“ drängen sich dabei auf und man möchte gar nicht mehr hören oder sehen, welche Pirouette er als Nächstes dreht. Dabei erweist sich das mutmaßliche Ende der Amtszeit in mancher Hinsicht, ehrlich gesagt, durchaus als passend. Taktieren und Lavieren sind uns in den letzten Jahren immer wieder begegnet.

Statt hilfreicher Beiträge zu den schwierigen Herausforderungen der Stadtpolitik in Frankfurt kamen von Peter Feldmann regelmäßig nur Schnellschüsse und populistische Auftritte. Viele rauten sich die Haare, als er 2019 tatkräftig unterwegs war, die Frankfurter IAA zu vergraulen, denn im Gegensatz zum Oberbürgermeister war ihnen bewusst, welche Dimension diese Megamesse für die Wirtschaft und den Ruf Frankfurts hat. Sein Markenzeichen in dieser Zeit waren auch personenbezogene Plakatkampagnen, mit denen er auf Steuerzahlerkosten die Stadt mit seinem Konterfei und dem Eigenlob für angebliche Wohltaten bekleben ließ. Auch in den Zeiten der Pandemie blieb der Hang zur

Selbstdarstellung ohne Substanz beziehungsweise ohne Rücksicht auf die Folgen bestimmend. Die Idee, in einer besonders gefährlichen Phase die Frankfurterinnen und Frankfurter mit verbilligten Nahverkehrspreisen zu Tausenden an einem Adventssamstag in die Geschäfte zu locken, wurde aus berufenem Mund als ein „krass verfehlter Aprilscherz“ bezeichnet. Oder das Spektakel, sich wie ein HB-Männchen über angeblich fehlenden Impfstoff aus Berlin aufzuregen und öffentlichkeitswirksam schwarzzuärgern, obwohl Frankfurt die Bestellmöglichkeiten für Impfstoff gerade nicht voll ausgenutzt hatte.

Nach alledem bleibt den Stadtverordneten, mit Blick auf die letzten Wochen und Monate, heute nichts anderes übrig, als das Abwahlverfahren gegen den amtierenden Oberbürgermeister auf den Weg zu bringen. Die CDU-Fraktion stimmt dem Antrag NR 431 daher zu und schließt sich auch der vorgesehenen Maßgabe an, in der für den Fall, dass der Oberbürgermeister doch in den nächsten Tagen diese Abwahl annimmt und den Verzicht auf einen Bürgerentscheid möglich macht, der Termin für eine vorgezogene Neuwahl der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters für Frankfurt ermöglicht wird.

Vielen Dank!

(Beifall)